

**Rede beim Treffen von Bundestagsabgeordneten der drei Parteien SPD, Grünen
und Linken am 18. Oktober 2016 in Berlin**

Dialog für eine progressive Politik

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren,

meiner Rede muss ich eine kurze Geschichte vorausschicken. Als Axel Schäfer mich anrief und um einen Diskussionsimpuls für ein Treffen bat, zu dem etwa 100 Abgeordnete der drei linken Fraktionen zu erwarten seien, konnte ich meine Verwunderung über die hochkarätige Einladung kaum verbergen. Wie, in welche Richtung soll dieser Diskussionsimpuls gehen, mit welchem Thema? Im Auftrag von Mitgliedern der drei Fraktionen könne ich frei entscheiden, über welches Thema ich rede. Eine so freie Entscheidung hatte ich selten. Nach einem Tag Bedenkzeit habe ich, wie Sie sehen, zugesagt. Ich bedanke mich für die ehrenvolle Aufgabe, vor Ihnen zu reden.

1.

Dass ein solches Treffen stattfindet, ist das eigentlich politische Ereignis. Ich werde nicht in erster Linie über Pegida und AfD sprechen, sondern über den

gesellschaftlichen Kältestrom, der sie möglich macht und in dem sie sich bewegen. An den Anfang setze ich, aus aktuellem Anlass einer bedrohlichen Rückentwicklung des europäischen Projekts, eine These: Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss. Niemand wird als politischer Mensch geboren; deshalb müssen solche demokratischen Lernprozesse sehr früh beginnen und hören auch im Alter nicht auf. Dabei handelt es sich bei diesen Lernprozessen nicht einfach um die Aneignung von Regeln, sondern um die praktische Veränderung der Lebensführung. Demokratie ist eine spezifische Lebensform, die existentiell vom entwickelten Urteilsvermögen abhängt. Wo solche Prozesse der gesellschaftlichen Urteilsbildung stocken oder zu bloßen Ritualen heruntergewirtschaftet sind, zeigen sich sehr schnell Brüche im Gesellschaftsgefüge. So richtig fühlt sich niemand für solche Erosionen verantwortlich, die schließlich auch die Machtzentren etablierter Parteien und Institutionen erfassen. Der Gesellschaftsentwurf Europa, wie er gegenwärtig zerfranst und mit dem Geschrei „Wir sind das Volk“, in einer geradezu lächerlichen Verkehrung ursprünglicher Sinngehalte beschädigt wird – dieser mit Demokratie verknüpfte Entwurf ist aufs Äußerste gefährdet. Den Nachkriegsparteien, die faschistische Potentiale sammelten, fehlte der Massenanhang: Das hat sich radikal geändert, und darin besteht auch die eigentliche Gefahr. Diese antidemokratischen Bewegungen bedienen sich weitgehend demokratischer Mittel.

Das ist schwer erträglich und noch schwerer zu verstehen. Vielleicht hilft ein Blick zurück: Seit den im Westfälischen Frieden ausgehandelten Ermächtigungen der Souveräne, ohne besondere Rechtfertigung über Krieg und Frieden zu entscheiden (ius

belli ac pacis) erweitert, die Nationalstaaten fortwährend den Legitimationsumkreis, der in einer durch Verlustängste gekennzeichneten Welt Sicherheiten versprach. Das mochte sich als Täuschung erweisen, aber die Motive, die Handeln und Denken in eine Richtung drängen, die mit dem europäischen Einheitsgedanken gleichzeitig die Praxis demokratischer Eingriffe beschädigen, werden härter mit jedem Schritt in diese nationalistische Rückwendung – übrigens im Widerspruch zur betriebswirtschaftlichen Vernunft, die das sonstige kollektive Handeln bestimmt. Das Wort vom „friedenswirksamen Vergessen“, das in Osnabrück und Münster in Umlauf kam, verknüpfte sich mit der Idee der Toleranz; das Gegenteil bewirkt das Vergessen heute.

Wir leben in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche größten Ausmaßes. Im Öffentlichkeitsbild politischer Eliten zeigt sich jedoch eine starke Neigung, die Kernsubstanz des öffentlichen Lebens für ausreichend fundiert zu halten, den kommenden Generationen nicht nur ein volles Warenlager zu überlassen, sondern auch ein friedensfähiges Gemeinwesen. Vielleicht ist es aber auch ganz anders; der Jurist Böckenförde hat von einer paradoxen Situation gesprochen: Wir leben und zehren in den entwickelten demokratischen Gesellschaften von einer kulturellen Substanz, die wir nicht erzeugt haben und die wir auch hätten nicht erzeugen können – in den verengten Horizonten, in denen sich der „Tatsachenmensch“ kulturell und politisch bewegt. Der Gesellschaftsentwurf Europa setzt auf die Kraft des Möglichkeitssinnes.

Wenn wir uns, wie ich behaupte, in einer Welt radikaler Umbrüche bewegen und Wege nur schwer erkennbar sind, die uns ein Aussteigen aus dieser Kritik im Handgemenge erlauben, dann bleibt die Frage noch: Mit welchem Krisenbegriff operierst du dabei? Man spricht von der Bankenkrise, der Krise des Bildungssystems – ich muss die verschiedenen Krisenherde nicht aufreihen. Sie sind öffentlich geläufig und jederzeit zitierbar. Auf einige werde ich noch eingehen.

2.

Sie werden es vielleicht als abwegig betrachten, wenn ich in meiner Rede an den sprachlichen Ursprungsgehalt des Wortes *Krise* erinnere. Das sprachbewusste Volk der Griechen verband sehr viele Begriffe, mit denen wir heute hantieren, mit doppelsinnigen Deutungen; der Begriff der Krise gehört dazu. *Krisis* bedeutet einerseits trennen, scheiden, sondern, also *entmischen*, was nicht zusammengehört; andererseits entscheiden, urteilen, bis hin zur Figur des Richters, der etwas zur Entscheidung bringt. Und natürlich stammt auch das Wort Kritik aus diesem Zusammenhang. Wer sich auf den kritischen Prozess einlässt, hat bereits eine Entscheidung getroffen. Er ist „vermittelt“. Er ist einbezogen in einen gesellschaftlichen Prozess, ist Teil des Systems im gesamtgesellschaftlichen Zuschnitt charakteristischer Merkmale. Zur Erklärung der geistigen Situation der Zeit kann eine Theorie des Soziologen Durkheim hilfreich sein.

Ihm zufolge sind Gesellschaften in epochalen Umbruchssituationen mit einem Spannungszustand besonderer Art belastet: Alte Werte, Haltungen, Loyalitäten, Bindungen haben ihre Überzeugungskraft und ihre auf Rechtfertigung beruhende Legitimation verloren; neue Haltungen und Werte sind noch nicht da, sie werden aber intensiv gesucht. Es handelt sich gegenwärtig um eine Situation kultureller Suchbewegungen. Die alten Institutionen, Wertordnungen, Verbindlichkeiten sind noch vorhanden, lediglich ihre begründete Geltung haben sie eingebüßt. Durkheim spricht von einem anomischen Zustand, einer Situation ausgesetzter Regeln. Das klingt relativ harmlos, kann politisch aber sehr folgenreich sein bis hin zu individuellem und kollektivem Selbstmord (die Verwahrlosung der bürgerlichen Öffentlichkeit, wie sie durch Trump im amerikanischen Wahlkampf vorgeführt wird, würde Durkheim durchaus in diesen Orientierungsnotstand einordnen). Die großen Entwertungen: Bindung, Erfahrung, Erinnerung leisten Zuarbeit für die rechtsradikalen Bindungs- und Vereinfachungsangebote.

Ich will hier nur von der spürbaren Auflösung der *Loyalitätsbindungen* sprechen, von der mittlerweile alle Institutionen betroffen sind, Parteien, Gewerkschaften, staatliche Institutionen, Kirchen. Wenn wir uns aber in einer Welt intensiver kultureller Suchbewegungen befinden, in der sich alte Wert und Haltungen aus bindenden Verpflichtungszusammenhängen lösen, dann bedeutet das nicht, dass die Bindungsbedürfnisse nachlassen; im Gegenteil: sie verschärfen sich und werden irrationaler! Das Fatale ist, dass das kapitalistische Wirtschaften auf Bindungslosigkeiten setzt. Die großen Entwertungen von *Erfahrung*, *Erinnerung* und

Bindung widersprechen jedoch den urmenschlichen Bedürfnissen, die doch eher auf Haltbarkeit und Dauer gehen.

Die totalisierende Warenproduktion mit fortschreitender Fragmentierung der Lebensverhältnisse schafft ein weites Feld von Bearbeitungen, die alle auf Wiederkehr stabilisierender Orientierungen gerichtet sind. Die alten Staatsgebilde, so fragmentiert und ökonomisch weltwirtschaftlich verflochten sie auch sein mögen, scheinen immer noch *identitätsstiftende Elemente* zu enthalten, die einem beachtlichen Teil des Volkes ein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln.

Jürgen Habermas hat jüngst vom *Saatboden des neuen Faschismus* gesprochen. Diese rechtsradikale Lagerung von vergiftetem Saatgut, das erst am Anfang der Aussaat steht, geht weiter zurück. Sie hat sich nicht erst im Zuge der den reichen Nationen aufgezwungenen Flüchtlingsproblematik hergestellt: Die neoliberale Plünderung der sozialstaatlichen Errungenschaften hat diesen Sozialstaat ruiniert. In bestimmter Hinsicht konnte man von einem kollektiven Lernprozesses sprechen, der hier rückgängig gemacht wird, die Einsicht nämlich, dass die Grundlage eines friedensfähigen Gemeinwesens auf der Freiheit von Not und Angst besteht; diese institutionell propagierten Sicherheitsversprechen (die Rente ist sicher! verkündete der damalige Sozialminister Norbert Blüm unverdrossen) erwiesen sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer mehr als trügerisch. Die Reichen sind immer reicher geworden und die Armen immer ärmer. Es ist schon schlimm, mit ansehen zu

müssen, wie die einst linken Themen wie Verteilungsgerechtigkeit und die Not der kleinen Leute nach rechts abwandern, und mit dem angereicherten Angrostrohstoff, der sich aus einem Gebräu aus Abstiegsängsten, Wut und Alltagsfrustration zusammensetzt, zur Bearbeitung in die Hände von politischen Hazardeuren kommen, die nichts anderes im Sinn haben, als die Geschichte des Humanismus und der Aufklärung zurückzudrehen.

3.

Ich neige nicht zur Dramatisierung, aber was sich gegenwärtig im Bezugsrahmen der europäischen Einigungsbemühungen abspielt, lenkt unmissverständlich die Aufmerksamkeit auf das Denken und Verhalten einer Linken, die noch vor gut 20 Jahren ein bestimmendes Reformgewicht auf der Baustelle Europa einbringen konnte. Bonn ist nicht Weimar, dieser Slogan richtete sich gegen falsche Analogien. Zurecht! Die heutige Situation scheint eine ganz andere zu sein. Die Nazis benötigten eine gewisse Zeit, um ihre Putschisten unter Kontrolle zu halten und den Machzuwachs aus freien Wahlen zu erwarten. Gerade heute ist nachdrücklich daran zu erinnern: Während die Linksparteien der Weimarer Republik einen Großteil ihrer Energie verbrauchten, um Feindschaft gegeneinander und Gesinnungsgrenzen zu markieren, bauten die Nazis im Schutz fast ununterbrochener Wahlerfolge ihre Machtposition aus und erbeuteten am Ende Stück für Stück den Staat. Im April 1932 wird Göring Reichspräsident. 1930 hätte eine Wende vielleicht noch gelingen können. Ein Jahr später schon nicht mehr. Das darf sich nicht wiederholen! Die Linksparteien, wie ich sie unter diesem Sammelbegriff einmal bezeichnen will, sind schon aus reiner

Selbsterhaltung gezwungen, im Sinne solidarischer Kooperation das Gemeinsame zur Grundlage ihres Handelns zu machen.

Es gibt geschichtliche Konstellationen, die nur einmal auftreten und sich für Richtungsentscheidungen öffnen. Krisenzeiten, die Entscheidungen zwingend herausfordern, sind Erkenntniszeiten nur dann, wenn es klare gesellschaftliche Alternativen zu den als unerträglich empfundenen Verhältnissen gibt. Damit die Empörung des Wutbürgers *nicht* in die Obhut betrügerischer Propheten gelangt, sind *Arbeitsprozesse* ganz anderer Art erforderlich als die, die sich realpolitisch kurzfristig messen lassen. Ich meine damit die orientierende Reichweite und die Anerkennung der Realitätshaltigkeit von Utopien.

Gewiss, jeder Gedanke, der über das bestehende System hinausweist und mit einem neuen Gesellschaftsentwurf verknüpft ist, ob es nun Sozialismus, Kommunismus oder schlicht nur „vernünftig organisierte Gesellschaft“ heißen mag – all das steht heute im Verdacht, historisch längst widerlegte Gesellschaftskonstruktionen wiederbeleben zu wollen; Max Horkheimer spricht von „entehrten Begriffen“. In manchen intellektuellen Diskursen spürt man Berührungängste zu bestimmten Themen, die in der Vergangenheit zum Grundbestand der intellektuellen Ausstattung der Arbeiterbewegung gehörten. Aber die Sache mit den Utopien ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Linke Politik kann sie nicht ignorieren, ohne die menschlichen Lebenszusammenhänge aus dem Auge zu verlieren. Die drückende Realitätsmacht des

Kapitalismus hat sich auch einschränkend und lähmend auf den Begriffshorizont der Intellektuellen gelegt. Das überschreitende Denken, das risikoreiche Experiment, die Dinge so zu wenden, dass sie von verdeckten Seiten gesehen werden können, findet selbst bei denjenigen immer geringeren Anklang, die unentwegt die Risikogesellschaft im Munde führen.

Dass sich die Konservativen über das Ende der mit sozialistischen Traditionen verbundenen Vorstellungen kollektiver Bewegungen freuen würden, kann in Kenntnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts keinen überraschen und verwundern. Dass aber große Teile der Linksintellektuellen, die opportunistische Wende mitgemacht haben und sich als hilfswillige Truppe der Enteignung emanzipatorischer Begriffe der sozialen Bewegungen der modernen Welt mit kräftiger Zuarbeit betätigen und so die eigene kulturelle Identität opfern, ist ein Skandal ersten Ranges. Löst man die Utopien ganz aus dem Erfahrungshorizont des Alltagslebens der Menschen und bindet sie an globale Entwürfe gesellschaftlicher Neuordnung, dann hat man leichtes Spiel, mit Blick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Utopien in die Rumpelkammer alptraumhafter Praxisansätze zu verbannen.

4.

Wenn nun alle Realisierungsversuche der Menschheitsträume von der vernünftigen Einrichtung der Welt in Alpträumen enden und alle utopischen Gesellschaftsentwürfe zum Scheitern verurteilt sind, andererseits die Menschen nicht daran denken, auf ihre

Träume vom besseren und gerechteren Leben zu verzichten, wie soll das da weitergehen? Wo ist anzusetzen, um ein kollektives Unglück aufzuhalten oder zu umgehen? Um das leisten zu können, bedarf es eines großen Aufwands von Energien – Energien, die in depressiven gesellschaftlichen Situationen aufgebraucht werden, um es in einer als unerträglich empfundenen Lage überhaupt auszuhalten.

Alle großen Emanzipationsbewegungen der Menschheit zehren von den Utopien, dem überschüssigen Denken. Es gibt gesellschaftliche Umbruchsituationen, in denen die Phantasieproduktionen, wie die Welt aussehen sollte und was dafür in der Gegenwart getan werden kann, einen überschäumenden Reichtum erzeugt. Die Renaissance gehört dazu, aber auch die Preußische Reformgesetzgebung, in der genauso über die Bildung nachgedacht wurde wie über die Heeresreform und die Rationalisierung der Verwaltung. Die Gegenwart leidet an chronischer Unterernährung der Phantasie, würde Ernst Bloch sagen; auf die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse gerichtete soziologische Vorstellungskraft verbraucht sich in der Balance-Arbeit, die für Augenblicke durch Empörung und Wut unterbrochen wird.

Verliert sich Utopie in den globalen Großentwürfen, dann verschwindet selbst die *Gerechtigkeitsfrage*, die praktisch in allen Utopien das Leitmotiv ist. Wenn Utopie das ist, was ich darunter verstehe: die Erkenntnis einer als unerträglich empfundenen Situation, verknüpft mit dem bewussten Willen, die Verhältnisse zum Besseren zu verändern, dann muss der Substanzbegriff Utopie aufgelöst werden; aus *Krisenherden*

müssen Handlungsfelder werden. Das ist eine gute Vorlage für handhabbare Strategien der Krisenbewältigung, die selbst dann sinnvoll sind, wenn sie nur den selbstbewussten Denkhorizont des Subjekts erweitern. Joachim Fest, einer der scharfsinnigen Konservativen, feierte 1989 nach dem Mauerfall die Entmythologisierung der Welt, indem er erklärte: Mit dem Einsturz der Utopien sei das Denken jetzt zur *Realität befreit*. Das Gespensterdasein dieser Gegenwart hat er nicht mehr miterleben müssen.

Wenn ich in langer Sicht die Realitätshaltigkeit der Utopien betone, dann ist darin immer eingeschlossen ein Theoriebewusstsein, das seinen Sinngehalt in der Veränderung der Dinge hat. Das ist auch eine Anforderung an die Verantwortlichkeit der Intellektuellen, nicht nur die Welt zu interpretieren, sondern die Welt auch zu verändern. *Die Mächtigen dieser Welt brauchen keine Utopie, sie erfahren sie in ihrer Lebensausstattung unmittelbar*. Das gilt nicht für die, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, die Mühseligen und Beladenen, die Entrechteten und Gedemütigten. In unserer Gesellschaft wird zu vieles als funktionsnotwendig und als alternativlos hingenommen, was für die Betroffenen eine ganz andere Dimension hat. Ich meine zum Beispiel Arbeitslosigkeit.

Meine moralischen Fragen verweisen auf Konstruktionsfehler unserer Gesellschaft; sie sind nicht sachfremd. Es ist eben ein Grundskandal, wenn 16 Millionen Menschen arm sind oder an der Armutsgrenze leben in einer der reichsten Gesellschaften der

Geschichte. Sie droht an ihrem Reichtum und ihren Überschussprodukten zu ersticken und ist außerstande gleichwohl für Millionen von Menschen das zivilisatorische Minimum für eine menschliche Existenzweise zu sichern: nämlich einen Arbeitsplatz, einen konkreten Ort, wo sie ihre gesellschaftlich gebildeten Arbeitsvermögen anwenden können, um von bezahlter Leistung zu leben. Es ist dabei zunächst noch keine Rede von *Selbstverwirklichung* in der Arbeit, sondern nur von der bloßen Möglichkeit, durch gegenständliche Tätigkeit, und sollte sie auch noch so entfremdet sein, die materiellen Grundlagen ihrer Existenz zu sichern. Eine Gesellschaft, die dieses Minimum nicht mehr anzubieten im Stande ist, verspielt langfristig ihren moralischen Kredit, der für eine einigermaßen friedliche Konfliktregelung ihrer Interessen unabdingbar ist; unter solchen Verhältnissen wachsen Gewaltpotentiale sehr schnell. Dabei ist es völlig gleichgültig auf welche sogenannte Gesetzmäßigkeiten man sich dabei beruft, auf Weltmarktkonkurrenz oder Sicherung der technischen Innovation, um Beweise anzuführen, dass es so sein muss und von den Betroffenen einfach als Schicksal zu akzeptieren ist. Wenn ich in diesem Zusammenhang von Gewalt spreche, so meine ich das buchstäblich: *Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt*, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule, der Lehre in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben worden sind und jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen. Die soziale Frage hat sich eben nicht erledigt; in gewandelter und ausgeweiteter Dimension ist sie vielmehr

von zunehmend drückender Aktualität, weil sie das ganze politische System in Frage stellt.

Eine rot-rot-grüne Koalition wird nicht alle Arbeitsfelder, in denen sich weitgehender Reformbedarf angesammelt hat, beackern können; die neoliberalen Irrwege mit ihrer Aufteilung der Menschen nach Gewinnern und Verlierern haben eine fatale Hinterlassenschaft. Sie haben das Wohl und Wehe des Gemeinwesens den Maßstäben einer betriebswirtschaftlich beschädigten Vernunft überlassen. Mit der Wachstumsideologien und der Neigung, Probleme abzukoppeln, wenn sie in das Schema dieser bornierten Ökonomie nicht passen: das hat zu einer Bewegung im Stillstand geführt, der notwendigen Reformgeist erstickt. Alles läuft so, als ob es sich um Naturereignisse handelte. So kann sich ungehindert die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen; objektiv vollzieht sich eine gewaltige Verschiebung der Produktionszentren in Bereiche der sog. Care-Berufe, des pfleglichen Umgangs mit Mensch und Natur, aber gerade die sind von Kürzungen am meisten betroffen.

Eine Meldung des Volkswagenkonzerns vor wenigen Wochen enthielt den Vorschlag, die Über-Fünfzigjährigen vorsichtig aus dem Produktionsprozess auszugliedern, weil immer mehr mit immer weniger Anwendung lebendiger Arbeitskraft geleistet wird. Wo bleiben aber diese Menschen, wenn nach wie vor die Lebenserwartung steigt? Wo bleibt die wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen? Notwendig wäre eine grundlegende Reform der Arbeitsgesellschaft. An sich ist die Gesellschaft imstande,

den Freiheitsspielraum der tätigen Menschen erheblich zu erweitern, so wie Marx das in seinen Frühschriften formuliert hat: In einer vernünftig eingerichteten sozialistischen Gesellschaft würde nach seinen Maßstäben die einseitig-bornierte Tätigkeit aufgehoben. Es ist eine Tätigkeitsutopie, die er entwickelt. Wenn die Gesellschaft die allgemeine Produktion auf einem hohen Niveau regelt, rückt die Vorstellung einer Mußegesellschaft in den Vordergrund, in der die alten Arbeitsteilungen verschwinden; ich bewege mich frei, „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu betreiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ Es liegt eben nicht an den Produktionskapazitäten. Marx war ein großer Bewunderer der kapitalistischen Produktivität, die er sich in der heutigen Dimension überhaupt nicht hat vorstellen können.

5.

Was ist von einem rot-rot-grünen Machtwechsel zu erwarten? Zunächst nichts anderes als eine Veränderung des politisch-kulturellen Klimas und damit Anstöße für eine Realisierung überfälliger Gesellschaftsreformen; Leitlinie wäre die Aufhebung des Gerechtigkeitsdefizits, das die Gesellschaft auseinander zu treiben droht.

Vielleicht könnte das sogar das Anfangskapitel einer neuen „großen Erzählung“ sein, wie die, die Willy Brandt im Sinn hatte, als er davon sprach: „Mehr Demokratie wagen“. Die gegenwärtig herrschenden Eliten tragen die Verantwortung für die

Schieflage, in die die Gesellschaft zunehmend gerät. Es ist höchste Zeit ihnen die Macht zu nehmen, über die Resultate der kollektiven Arbeit gleichsam privat zu verfügen: Nur noch Utopien sind realistisch. Der gegenwärtige konfuse Zustand der Gesellschaft ist nicht das Produkt utopischer Phantasie, sondern der kollektiv beschädigten Realpolitik. Irgendetwas kann an dieser Art Realitätssinn nicht stimmen.

Die normative Überlebenskraft der Utopien lässt sich z.B. am Begriff der Würde aufzeigen. Würde war zur Zeit Ciceros mit der Verleihung einer Amtswürde verknüpft. Die Dignitas allen Menschen zuzuschreiben, wäre selbst Cicero nicht in Sinn gekommen. Er hätte es nur als Utopie formulieren können. Für Kant ist Würde dagegen der unverwechselbare und unaustauschbare Persönlichkeitskern aller Menschen. Wie schwierig es im Umgang mit solchen Utopien ist, wenn man sie an der Realität misst, zeigt die geschichtliche Dimension dieses Würdebegriffs.

Es hat lange gedauert, bis der volle Realitätsgehalt der *Utopie Würde* zum Tragen kam. Die Weimarer Verfassung kennt ihn noch nicht; auch im zweiten, die Grundrechte betreffenden Teil der Verfassung wird nicht von Menschen gesprochen; das individuelle Subjekt der Verfassung ist der Staatsbürger, noch enger gefasst der deutsche Staatsbürger. Im Grundgesetz ist Würde als Staatsfundamentalnorm, wie manche Staatsrechtler es ausdrücken, fest verankert; unveränderlich und den Mächtigen nicht zur Disposition überlassen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Aber eben nicht nur der; der Würdebegriff schließt eben auch den Imperativ ein, die Verhältnisse so zu ordnen, dass ein würdiges Leben und Sterben möglich ist: „Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (K. Marx)

Abgeordnete der drei linken Parteien, die hier vor mir sitzen und sich auf einen *Dialog* eingelassen haben, werden sich in ihrer Entscheidung hier teilzunehmen, auch Gedanken darüber gemacht haben, was diese drei Parteien verbindet. Der politische Alltagskampf eines Abgeordneten ist ja auch belastet mit fortwährenden Abgrenzungs- und Profilfragen. Viel zu selten wird ein Redner das Gemeinsame hervorkehren, wenn er um Wähler für sich und seine Partei wirbt. Dieses Treffen ist als solches ein politischer Tatbestand und ist offensichtlich als Versuch gemeint, überhaupt wieder ins Gespräch zu kommen, also eine gemeinsame Sprache zu suchen, die verloren gegangen ist. Den Rechtsradikalen (zu Unrecht mit dem milden Wort der Populisten bedachtet) den Angrostrohstoff, den sie fleißig bearbeiten, und den Handlungsboden zu entziehen, müsste der weitere Schritt einer Vereinigten Linken sein.

6.

Was wären dann Programmpunkte, Selbsteinschätzungen, Traditionslinien, die ein Gemeinsames ausdrücken, obwohl die Herkunft der drei Parteien, die Konstitutionsgeschichte doch sehr verschieden ist? Gemeinsam ist doch offenbar das „Bild vom Menschen“, seine Autonomiefähigkeit, Herrschaftskritik zu üben und sich

der kommunikativen Vernunft zu bedienen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Der zum Kunden heruntergewirtschaftete und mit dem Siegel unternehmerischer Identität ausgestattete Mensch wird sich hier kaum heimisch fühlen. Wenn ich das Wort Links so verwende, als könnte man daraus eine Ordnung mit klaren Grenzen entnehmen, dann muss ich das sofort einschränken und auf bestimmte Merkmale reduzieren. Der Kampf um *soziale Gerechtigkeit*, um Verteilungsgerechtigkeit insgesamt, gehört zu den Grundprinzipien der Denkweise und des Handelns, die sich in der Tradition der Aufklärung bewegen. Gerade heute ist es nötig, das *Gemeinsame* auch auf der Theorieebene und unter der soziologischen Einschätzung der Gesellschaft hervorzuheben. Denn wie immer in solchen durch kulturelle Erosionen bestimmten geschichtlichen Situationen sind auch die philosophischen Freibeuter am Werk. Inzwischen bildet sich eine ganz neue Front, die aus einem Gebräu von fremdenfeindlicher Ausgrenzung, Verwahrlosung des offiziellen politischen Systems (wie das Trump-Beispiel zeigt) und einer Entwertung demokratischer Grundrechte besteht.

Einen Trialog, (den es übrigens so in der altgriechischen Sprache nicht gibt), kann man beginnen, aber nicht abschließen. Angefangen habe ich mit der Deutung des Krisenbegriffs (nicht zuletzt auch als Hinweis dafür, dass mir ein Europa ohne Griechenland sprachlos erschiene). Ich beende meine Rede mit einem anderen Begriff aus der griechischen Sprache, der die gegenwärtigen Anforderungen an die Entscheidungssituation der drei Parteien gut trifft. Ich meine den Begriff: *Kairós*. Dieses Wort bezeichnet eine Konstellation von Kräften, die einzigartig ist und selten

zweimal auftritt. Kairós benennt den richtigen Zeitpunkt und den richtigen Ort für sinnvolle Interventionen. Was könnte in unserem Falle der richtige Zeitpunkt sein? Es ist genügend Zeit, um Arbeitsprozesse in Gang zu bringen, die ein *linkes Profil der Politik und der Gesellschaftsentwicklung* erkennbar machen und Orientierungen ermöglichen. Und der richtige Ort? Parlamentsabgeordnete haben nach wie vor privilegierte Aufmerksamkeitschancen in der Öffentlichkeit, wenn es um Konfliktäußerungen geht; schon dieses Treffen, nein, schon die Ankündigung davon, hat die Herrschaftsinstanzen dieser Gesellschaft in Unruhe versetzt.

Aber nie stellen sich linke Mehrheiten von alleine her. Bis es dazu kommen kann, ist viel Vertrauensarbeit nötig – auf diesen mühsamen, auch mit Enttäuschungen verbundenen Arbeitsprozess verweist Max Weber, wenn er Politik als Beruf zu definieren versucht. „Politik bedeutet ein langsames, starkes bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“ Er nennt den weiten Begriff nicht Utopie, sondern Erstreben des Unmöglichen. Man muss für eine Sache begeisterungsfähig sein. Das gilt vor allem für Kulturarbeiter aller Schattierungen, den Wissenschaftlern, Dichtern, Schriftstellern. Ohne Leidenschaft und Mut sind auch die scharfsinnigsten Analysen unserer Gesellschaft wirkungslos; das hat schon Kant präzise formuliert: „Aufklärung ist der Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ Er spricht von selbstverschuldet, denn es liegt nicht an den verfügbaren Erkenntnismitteln, sondern am Mangel an Mut, sich seines

Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen. Habe Mut, selbst zu denken, das ist der Schlachtruf der Aufklärung und die Grundlinie einer humanistischen Entwicklung der Gesellschaft. Niemand kann sich da raus halten! Denn es geht um die eigene Lebensgrundlage – um Demokratie als Lebensform. Es wäre fatal, wenn wir unseren Kindern Europa als Ruinengelände hinterlassen würden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Persönliche Nachbemerkung

Mir war bekannt, dass dieses Treffen auf der Ebene der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden organisiert war. Es sollte wohl ein Versuch sein, halb-öffentlich zu überprüfen, wie die Chancen einer Verständigung zwischen den Fraktionen stehen. Als ich mit meiner Rede begann, sah ich den Parteivorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, den Saal betreten. Er folgte meiner Rede mit großer Aufmerksamkeit, als ich sie beendet hatte, ging er wieder. Natürlich knüpften sich irgendwelche Spekulationen an diesen Auftritt, der nicht vorgesehen war. Im Allgemeinen wurde das so gedeutet, dass diese inoffizielle Tagung wohl auch die Billigung des Parteivorsitzenden der SPD hat. Ich selbst habe es auch so wahrgenommen: eine Symbolhandlung. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf Stil und Klima der fast dreistündigen Diskussion. Selten habe ich in den vergangenen Jahren eine politische Debatte erfahren, der derart betont sachlich und aggressionslos verlaufen ist. Keiner der Diskussionsteilnehmer versuchte Legitimationsvorteile durch Abgrenzung oder Fehlerverweis zu ergattern. Es war

schade, dass über den Inhalt der Debatte in der Öffentlichkeit nichts berichtet wurde; die Medien standen draußen und langweilten sich. Aber wahrscheinlich hat gerade diese Abdichtung gegenüber Öffentlichkeit dazu beigetragen, dass es nur ein geringes Profilierungsinteresse gab. So weiter zu machen, erscheint mir nutzbringend auch in Hinblick auf die zahlreichen Wahlen des nächsten Jahres. Die Rede in dieser Schriftfassung stützt sich auf das Protokoll eines frei gehaltenen Vortrags.